

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 7

Artikel: Belege zur Zwangspsychiatrie
Autor: Tarsis, Hanni
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095186>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Belege zur Zwangspsychiatrie

Das Dossier über die systematische Methode der Sowjetbehörden, unbequeme Leute in psychiatrische Kliniken einzuliefern, ist in den letzten Jahren durch eine Fülle von Zeugenaussagen angewachsen. Noch geht es darum, aus dem vorhandenen und aus dem laufend weiter eintreffenden Material einen öffentlichen Bewusstseinsfaktor zu machen. Eine Dokumentation in deutscher Sprache erscheint in den nächsten Tagen. Das «Kuratorium Geistige Freiheit» (Bern) vermittelt mit seiner Schrift «Zwangspsychiatrie in der Sowjetunion; Texte aus dem Samisdat» einer westlichen Leserschaft neue Information. Wir bringen als Vorabdruck das Vorwort zu dieser Sammlung von Aussagen.

«(...) viele Menschen befinden sich noch immer in psychiatrischen Anstalten aufgrund politischer Motive. Noch zahlreicher sind die Menschen, die unter der Bedrohung psychiatrischer Repression stehen.»

Roy Medwedew, Obninsk/Moskau 1970

«Das Präsidium der Gesellschaft (der Neurologen und Psychiater der UdSSR) veröffentlichte ein offenes Schreiben in Zusammenhang mit den im Westen erhobenen Verleumdungen, dass in der Sowjetunion geistig gesunde Personen aufgrund ihrer abweichenden politischen Haltung in Nervenheilstalten eingewiesen würden.»

TASS/spk Bern, 11. Oktober 1973

Aussage gegen Aussage. Wir sind zur Stellungnahme aufgefordert: Bukowskij, Feinberg, Jessenin-Volpin und zahlreiche weitere betroffene Menschen wenden sich an uns, «den Westen» — an die Vereinten Nationen; an internationale Organisationen von Juristen und Psychiatern; an die Weltöffentlichkeit.

Stellungnahme setzt Kenntnisnahme der Sachlage voraus. Mit der vorliegenden Dokumentation wird neue Information in deutscher Sprache zugänglich.

*

So dürfte nun auch endgültig der Mythos entkräftet werden, bei psychiatrischer Repression handle es sich um eine «russische Tradition», sei doch schon der Philosoph Tschadajew im 19. Jahrhundert für unliebsame Äusserungen für verrückt erklärt worden. Das war, wohlge-

«Frage: Warum sind wir hier zu einem Gespräch versammelt?

Antwort: Weil das KGB sich um meine Gesundheit sorgt.

Frage: Warum interessiert sich das KGB für Sie?

Antwort: Wegen meiner unerwünschten Ansichten und meines verwerflichen Umgangs.

Frage: Bekümmern Sie die Vorladungen des KGB nicht?

Antwort: Ich habe mich daran gewöhnt.

Frage: Bedrückt Sie Ihre jetzige Lage nicht?

Antwort: Im Augenblick schäme ich mich für die Medizin.

(...)

Frage: Warum lächeln Sie ständig so ironisch?

Antwort: Weil mich diese rituelle Zeremonie belastigt. Sie ist ein Produkt der Ohnmacht.»

(Verhör von Ingenieur Soldatow in der Sonderabteilung der Ostseeflotte durch KGB-Major Tichonow und drei Aerzte des psychiatrischen Krankenhauses der Republik.)

merkt, ein Einzelfall von Etikettierung (nicht Zwangshospitalisierung) in einem autokratischen Land; während die Isolierung unbequemer Bürger mit dem Ziel, sie unschädlich zu machen, in der Sowjetunion heute weithin praktiziertes System ist.

Anfang der sechziger Jahre (nach einem Besuch des sozialistischen Ministerpräsidenten Mollet in der UdSSR) kursierte in Moskau die Erklärung, Chruschtschow habe diese neue Form der Verfolgung der Nonkonformisten gewählt, um guten Gewissens seinem Gast aus Frankreich die Liquidierung der stalinistischen KZs bestätigen zu können. Einleuchtender als diese Deutung aus der Zeit der Entstalinisierungshoffnungen (die KZs bestehen weiter!) ist der Schluss verschiedener Analysen sowjetischer Intellektueller, wie Tatjana Chodorowitsch von der Initiativgruppe zum Schutz der Menschenrechte, Jaurès und Roy Medwedew, Pjotr Grigorenko, Alexander Jessenin-Volpin. Demnach fehlt in der Sowjetunion bei der starren politischen Struktur, die «auf völlige Uniformität der Meinungen angelegt» ist, der Mechanismus für den Dialog mit Andersdenkenden innerhalb wie ausserhalb der Einheitspartei.

*

Im vergangenen Jahrzehnt vermochten die sowjetischen Gerichte in den politischen Prozessen nie den Beweis des Tatbestandes eines Verbrechens zu erbringen: Ohnmacht; die negative Reaktion der öffentlichen Meinung in der Sowjetunion wie im Ausland auf die Durchsetzung solch unhaltbarer Gerichtsentscheide war deutlich.

1972 kam daher eine neue Instruktion in Kraft zur Legalisierung der längst angelaufenen Praxis. Danach ist ein Mensch «mit sozialgefährlichen Tendenzen» vorerst nach einem StGB-Paragrafen anzuklagen — nichts leichter als das — und der angeklagte «Andersdenkende», falls er sich nicht kooperationsbereit zeigt und nicht die erforderlichen Angaben macht, zur psychiatrischen Begutachtung ins gerichtsmedizinische Serbskij-Institut für Psychiatrie zu schicken. Dort «diagnostiziert» man — nicht nach den 6 Symptomen, die 1965 in London an einem internationalen Seminar fixiert wurden — Schizophrenie und empfiehlt Zwangsbehandlung, häufig in einer Sonderanstalt.

Diese Kategorie von «Kliniken» untersteht nicht dem Gesundheits-, sondern dem Innenministerium; «die ‚Patienten‘ dieser Klinik sind Leute, die Handlungen begangen haben, welche vom Standpunkt der Behörden aus ein Verbrechen sind, vom Standpunkt des Gesetzes indessen nicht.»²

«Jetzt weiss ich», schreibt Bukowskij weiter, «dass dies das gewöhnliche Schicksal eines Menschen ist, der sich selbst sein möchte, der sagen möchte, was er denkt, und in Einklang mit sei-

nen Überzeugungen und Gedanken handeln will.»³ Nämlich: sich mit kritischer Philosophie und Wissenschaft beschäftigen; an einer Demonstration teilnehmen; den Wunsch nach Emigration bekunden; Pazifist sein; im KZ mit Hungerstreik protestieren; im Gefängnis Lyrik schreiben; den Kommunismus ernstnehmen; fragen, warum in einem so freien Land ausländische Radiosendungen gestört werden; die Invasion der CSSR 1968 negativ beurteilen; an Gott glauben.

Der Psychiater V. Krupko äusserte zum Symptom «Glauben» in der Zeitung «Sowjetskaja Rossija» vom 1. März 1972, die Bibel, der Koran usw. disponieren die Menschen dazu, den Verstand zu verlieren; die «Unterschiebung evangelischer Werte» anstelle «der Werte unserer Gesellschaft» sei «Anomalität».

*

Wie Sacharow, Podjapolskij und Schafarewitsch am 1. Oktober 1973 festhielten, wird «das Recht (der Opfer der Repression) auf Verteidigung ihrer Überzeugungen und der Gesetzlichkeit ihrer Handlungen verletzt, insofern das Gericht (in ihrer Abwesenheit) ihre Überzeugungen als Folge und als Beweis psychischer Krankheit ansieht».⁴

«Es erhebt sich die Frage», hatte diesbezüglich General Grigorenko notiert, «ob ein psychiatrisches Gutachten in politischer Angelegenheit objektiv sein kann, wenn die Untersuchungsbeamten wie die Experten ein und derselben Person (im KGB) unterstellt und dazu noch durch militärische Disziplin gebunden sind.»⁵ Und weiter: «Ein ‚Kranker‘ in einer psychiatrischen Sonderanstalt hat nicht einmal jene kärglichen Rechte wie ein Häftling. Er hat überhaupt keine Rechte. Die Aerzte können ihn beliebig behandeln...» Er hatte auf die Anständigkeit der Aerzte gezählt; indessen: «Ein System, unter dem man nur noch auf die Anständigkeit der Aerzte hoffen kann, taugt gar nichts!»⁶

Während Professor Sneschnewskij 1962/63 sich noch sehr anständig verhielt, wie sein Politpatient Valerij Tarsis im Irrenhaus-Bericht festhält⁷, scheint er — vielleicht für diese Menschlichkeit? — gegen Ende der sechziger Jahre unter Druck gesetzt und systemkonform geworden zu sein. Er hat wohl schon vor 1971 den neuen ärztlichen Eid ablegen müssen...

Die Forderung geht deshalb nach «sozialer Kontrolle», nach «öffentlicher Kontrolle», nach «internationaler Kontrolle». Im Falle Jaurès Medwedew setzten sich, wie bei Jessenin-Volpin oder Pljuschtsch, auch zahlreiche Vertreter der sowjetischen Öffentlichkeit mit Erfolg gegen die Willkür der psychiatrischen Repression ein; doch unterlagen diese protestierenden Universitätskollegen und Freunde dann zum Teil selber (aussergerichtlichen) Repressalien. Solidarität kostet in der UdSSR je nachdem die Stelle, die Karriere, das Parteibuch, die Freiheit, die Gesundheit; bisweilen das Leben.

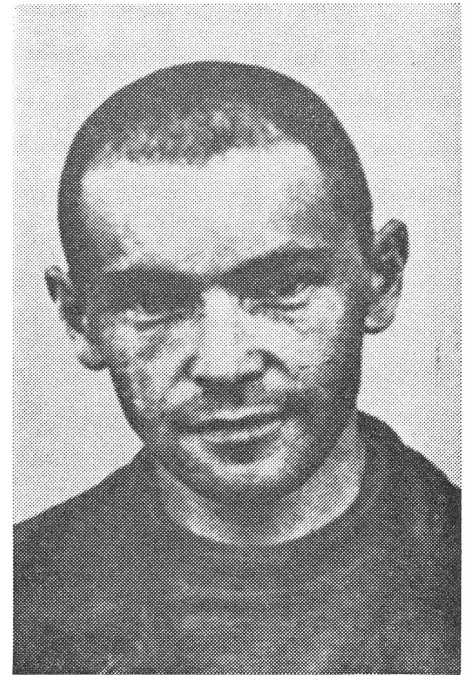
Tarsis hatte sich bei zwei sowjetischen Advokaten erkundigt, ob man denn nicht gegen den Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion vorgehen könne; die Auskunft: «Nur aufgrund einer andern Expertise. Wenn eine andere Kommission — eine sowjetische oder eine ausländische — nein sagte und zu einem andern Ergebnis käme, dann läge ein Dokument vor, dank



Die faschistische Diktatur

Eine chinesische Schilderung von Repression und Widerstand in der UdSSR

Die folgenden Auszüge sind einem Beitrag der «Peking Rundschau» Nr. 4/1974 entnommen, der unter dem Titel «Die faschistische Diktatur der sowjetischen Revisionisten» erschien. Neben der immer wieder unterstreichenwerten Feststellung, dass Kommunisten einander durchaus als Faschisten einstufen, sind hier vor allem zwei Dinge bemerkenswert: Einmal in informativer Hinsicht die Aufzählung von wenig bekannten Ereignissen in der Auseinandersetzung zwischen Regime und Bevölkerung, dann in interpretatorischer Hinsicht die Stellungnahme für intellektuelle Dissidenz, zu der sich Peking früher nicht solidarisch verstand.



Der sowjetische Dissidente Alexander Ginsburg in seinem mordwinischen Straflager im Jahre 1969.

Seit 1965 hat die Breschnew-Clique ihre bestehende Maschinerie der faschistischen Diktatur beträchtlich ausgebaut und neue Organisationen eingerichtet, wobei sie besonders die Polizei und den Agentendienst verstärkte. Sie hat das direkt vom Zentralkomitee der revisionistischen Partei kontrollierte «staatliche Sicherheitskomitee» in einen grossangelegten Agentendienst mit einem landesweiten System verwandelt, um die breiten Massen und Kader streng zu überwachen. Das 1966 gebildete «Ministerium für soziale Sicherheit» wurde 1968 in «Innenministerium» umbenannt und vergrössert. Auch die Befugnisse der Polizei wurden 1968 erweitert, die Zahl der Polizisten ist stark gestiegen, und «spezielle Sicherheitsämter», «Nachtschicht-Polizeistationen» und «motorisierte Polizeitruppen» sind entstanden. Die modernsten Aufklärungs- und Fernmeldeeinrichtungen sowie andere Mittel zur Unterdrückung werden eingesetzt. Die einmal abgeschaffte Justizabteilung wurde 1970 erneut gebildet, die bestehenden Gerichte wurden erweitert und neue gebaut. Nachdem das «Kontrollkomitee der Partei und des Staates» 1965 in das «Kontrollkomitee des Volkes» umgewandelt wor-

den war, wurde mit ihm ein weitreichendes Ueberwachungsnetz, von den zentralen Organen bis zu den Grundeinheiten, gebildet.

Abgesehen von neuen Gefängnissen haben die sowjetischen Revisionisten in den letzten Jahren viele «Arbeitslager» für die Unterdrückung der revolutionären Massen errichtet. Von diesen Arbeitslagern gibt es vier Typen, nämlich «gewöhnliche» Lager, «verstärkte» Lager, Lager der «strengen Disziplin» und «spezielle» Lager. «Politische Häftlinge» werden normalerweise in den «Lagern der strengen Disziplin» oder den «speziellen Lagern» eingesperrt. Es wurde berichtet, dass es im ganzen Lande über 1000 «Arbeitslager» mit insgesamt mehr als einer Million «Häftlingen» gibt.

Die Breschnew-Clique benutzt auch «Irrenanstalten», um diejenigen zu quälen, die Widerstand gegen die Herrschaft der sowjetischen Revisionisten leisten. Wer seine Unzufriedenheit über die faschistische Herrschaft der sowjetischen Revisionisten zeigt und gegen sie kämpft, der kann von ihnen nach Belieben zum «Verrückten», «geistig Verwirrten», «Schizophrenen» oder allgemein

«Geisteskranken» erklärt und mit Gewalt in die «Irrenanstalten» geworfen werden, die unter der Kontrolle des «staatlichen Sicherheitskomitees» und des «Innenministeriums» stehen. Ein Bericht zeigte, dass in einer dieser «Irrenanstalten» mehrere tausend Personen eingepfercht sind. Die Internierten in den «Irrenanstalten» werden grausam gefoltert, und man versucht, sie mit Hilfe von starker Arznei, einschliesslich giftiger Medikamente, zu zwingen, ihre politischen Ansichten zu ändern. Manche von ihnen wurden sowohl körperlich als auch geistig ruiniert und sind heute unheilbar krank.

Die Renegatenclique der sowjetischen Revisionisten hat wiederholt Polizei- und Militärtruppen eingesetzt, einschliesslich Panzer, Panzerwagen und sogar Fallschirmtruppen, um das rebellierende sowjetische Volk blutig zu unterdrücken.

Die Welle des Widerstands wächst

Die reaktionären Verordnungen können das Wachsen der Unzufriedenheit des Volkes nicht aufhalten. Die erbarmungslose Unterdrückung steigert nur den Widerstand. Das sowjetische Volk kämpft heute in verschiedenen Formen gegen die Herrschaft der Revisionisten, darunter Bummelstreiks, Streiks, Protestversammlungen und -demonstrationen. Es wurden revolutionäre Untergrundorganisationen gebildet, Flugblätter verteilt und Appelle veröffentlicht, um zum Kampf aufzurufen, und es werden Aufstände organisiert.

Wellen des Widerstandes rollen über das ganze Land. In den vergangenen Jahren hat sich der Massenkampf der sowjetischen Arbeiter gegen die Unterdrückung und Ausbeutung ununterbrochen entwickelt. Der von der Clique um Breschnew verhängten Nachrichtensperre zum Trotz sind die Meldungen vom Kampf in der Welt verbreitet worden. Neben dem weltbekannten grossangelegten Massenkampf des Jahres 1967 gegen

welchem wir einen Fall anhängig machen könnten. Natürlich nicht gegen das KGB oder die Sowjetbehörden, aber gegen die Administration der Anstalt.»⁸

*

Es bleibt also für die Tausende Zwangsbehandelter und ihre Angehörigen die Hoffnung auf die Solidarität der Menschen in der freien Welt. Sie ist schon enttäuscht worden — am 5. Weltkongress der Psychiater in Mexiko wie am internationalen Kongress für medizinische Psychotherapie in Oslo, nach welchem das Sacharow-Komitee feststellte (9. Juli 1973): «Der Kongress hat darauf verzichtet, sich zu dieser Frage zu äussern, um den Prozess der Annäherung zu den Ländern Osteuropas nicht zu beeinträchtigen.»⁹ Doch es sind auch verschiedene klare Stellungnahmen zu verzeichnen. «Ich bin überzeugt», hat der Mathematiker Jessenin-Volpin gesagt, «dass wir, wenn die zivilisierte Welt mit einer lautereren und mutigeren Stimme protestierte, die Befreiung von sehr viel mehr Opfern des sowjetischen politisch-psychiatrischen Terrors erreichen könnten.»¹⁰

Also: lauter, mutiger. Ohne müde zu werden. Wer wissen kann, trägt Verantwortung.

Hanni Tarsis

Anmerkungen

¹ Anhang zu: Opposition. Eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion? Eine Dokumentation von Wladimir Bukowskij. Hanser, München 1971, S. 192.

² Kaznimye sumassestviem (Mit Geisteskrankheit bestraft), Dokumentation herausgegeben von A. Artemova, L. Rar und M. Slavinskij. Possev, Frankfurt 1971, S. 366.

³ Ebenda

⁴ Samisdat-Dokument, in: Russkaja Mysl', Paris, vom 29. 11. 1973, S. 5.

⁵ Kaznimye sumassestviem, S. 284/285.

⁶ Kaznimye sumassestviem, S. 292.

⁷ Tarsis, Valerij: Palata No. 7 (deutsche Ausgabe: Botschaft aus dem Irrenhaus). Possev, Frankfurt 1965.

⁸ Kaznimye sumassestviem, S. 246/247.

⁹ Samisdat-Dokument, in: Cahiers du Samisdat, Brüssel, No. 11, Juli/August 1973, doc. no. 38.

¹⁰ The Times, London, vom 12. 6. 1973.